



AfD und Behindertenpolitik

Workshop zum Aktionstag "AfD entlarven!"

KoFabrik Bochum, 9. März 2024

Programme der Partei: Grundsätzliches

- grundsätzlich: neoliberal geprägtes Staatsverständnis
 - “schlanker” Staat: Zurückfahren von sozialen Leistungen und Hilfe
 - Abbau von Arbeitnehmenden-Rechten (z.B. Mindestlohn und AGG)
 - Ausgleichs-Maßnahmen gegen Diskriminierung werden abgelehnt

- in Teilen faschistoides Menschenbild
 - Ziel: ethnisch homogene Gesellschaft
 - Betrachtung von Menschen anhand von *Nützlichkeit für das “Volk”*
 - unterschiedlicher Wert aufgrund der Herkunft (Deckmantel: “Kultur”)

Programme der Partei: Behindertenpolitik

- zu Behindertenpolitik selbst äußert sich die AfD in ihren Programmen nur *wenig direkt*
- viele Punkte hätten aber *trotzdem großen Einfluss* auf das Leben von Behinderten Menschen

- Ausnahme: *Inklusion*, diese wird von der AfD abgelehnt
- sonst: Ausweitung von “Sozialassistentz” und mehr Arbeitsplätze
 - bei beidem bleibt offen wie das gemeint ist
 - gleichzeitig Forderung nach Abschaffung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Äußerungen von Parteivertreter:innen



Redebeitrag des AfD-Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler (Wahlkreis Anhalt/ST) am 30. November 2023 im Bundestag

Debatte: Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen

Äußerungen von Parteivertreter:innen

- Ablehnung der schulischen Inklusion

“ideologisch motivierte Inklusion” als “klare Absage an das Leistungsprinzip”,
Carlo Clemens auf Twitter

“Leistungsprinzip statt Inklusion und Kuschelunterricht”, *Markus Frohnmaier*

“Ideologieprojekte, [...] die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht *leistungsfähiger* machen”, *B. Höcke, MDR Sommerinterview (2023)*

Vergleich von Behinderten Kindern an Schulen mit ansteckenden Patient:innen in Krankenhäusern, *Fraktionsvorsitzender Josef Dörr im Saarländischen Landtag*

Parlamentarisches Wirken: drei Beispiele

- **Anfrage: “Schwerbehinderte in Deutschland” (2019)**
 - *AfD-Fraktion fordert Daten über Behinderte Menschen an*
 - *Behinderung wird mit Inzest in Zusammenhang gebracht*
 - *dieser sei auf Migration zurückzuführen*
 - *Massive Kritik von Wohlfarts- und Betroffenenverbänden*
- **Kleine Anfrage: “Ursachen für den Zugang in Erwerbsminderungsrente” (2019)**
 - *AfD-Fraktion fordert detaillierte statistische Daten über psychisch kranke Menschen an, interessiert sich dabei besonders für die Staatsangehörigkeit und den Fluchtstatus*
 - *Fokus: angebliche “Belastung der Sozialsysteme”*
- **Antrag: “Schutzschirm für Menschen mit Behinderung (2022)**

Angriffe getarnt als Anfragen

Die AfD stellt in den Parlamenten viele Anfragen. In Sachsen wollte die AfD wissen, wie viele Sinti und Roma es gibt und welche Religionsgemeinschaft wieviele Beschneidungen durchführt.⁵⁸ In Thüringen fragte die Fraktion danach, wie viele Homosexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen es gibt.⁵⁹ Der Staat erfasst solche Daten von Minderheiten nicht, denn das wäre diskriminierend. Außerdem könnten solche Statistiken zu weiterer Ungleichbehandlung führen.

Im Bundestag fragte die AfD, wie sich Infektionskrankheiten entwickeln und welche Nationalität die Erkrankten haben – und welche Kosten ausländische Patientinnen und Patienten verursachen würden.⁶⁰ Die Partei spielt mit der rassistischen Vorstellung, Gesundheit hätte mit Herkunft und Abstammung zu tun und Migration würde Krankheiten nach Deutschland bringen.

Außerdem wollte die AfD wissen, wieviele Schwerbehinderte es gibt und wie häufig die Ursache Heirat innerhalb der Familie sei. Dann fragte sie, wieviele der Personen einen Migrationshintergrund hätten.⁶¹ Die AfD unterstellt somit einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Geschlechtsverkehr in der Familie und Migration. Das haben viele Sozialverbände kritisiert. Die Anfrage erinnere »an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde«⁶².

Mit Anfragen und Anträgen stellen die Parteien eigene politische Ideen zur Diskussion und kontrollieren die Arbeit der Regierung. Die AfD fragt jedoch gezielt nach Gruppen, die schon im Nationalsozialismus verfolgt wurden oder heute von Diskriminierung betroffen sind. Die AfD will damit Empörung und Aufmerksamkeit erreichen.



Die AfD will aber nicht nur provozieren. Die Anfragen entsprechen inhaltlich den Parteiprogrammen und vielen Äußerungen von AfD-Mitgliedern. Sie haben ideologische Ursachen: Der völkische Nationalismus, eine grundlegende Ideologie im Nationalsozialismus, ist eine Mischung aus Rassismus und Nationalismus. Erstrebt wird eine völlig einheitliche Gemeinschaft, die als natürlich gewachsen gilt und meist als »Volkkörper« beschrieben wird.

Der völkische Nationalismus schließt nach außen alle aus, die keine weißen Deutschen durch Abstammung sind. Roma, Juden, Muslime und Schwarze Menschen werden in dieser Ideologie nie als Deutsche akzeptiert. Nach innen geht es um Vorstellungen von Ordnung, Reinheit und Nützlichkeit. Wer krank ist oder eine Behinderung hat, gilt als Last. Homo-, Bi- und Transsexualität gelten als moralische Gefahr für das Volk.

Es gibt kein Volk, das biologisch als Körper miteinander verbunden ist. Die Gesellschaft besteht aus vielen verschiedenen Menschen und das ist auch gut so. Menschen sind keine Last für die Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft soll die Individuen stützen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V. (Hrsg.):
Zur Sache! Was die AfD wirklich will,
3.Aufl., Dresden 2018.

ISBN: 978-3-946541-30-1

https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/weiterdenken_afd_auflage3.2_digital.pdf

Fazit?